

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 461

Mittwoch, 26. Mai 2010

16. Jahrgang

Besuch der US-Aussenministerin in Guatemala: Welche politischen und wirtschaftlichen Ziele verfolgen die USA in Lateinamerika?

Inforpress berichtete am 12. März 2010 (Edition 1838) über den Besuch von Hillary Clinton, US-Aussenministerin und Ehefrau des Expräsidenten Bill Clinton, welche von Barak Obama zur Diplomatiebeauftragten ernannt wurde, und nach vielen Kritiken jetzt zu wissen scheint, was zu tun ist: Die nordamerikanischen Interessen in Lateinamerika (LA) zu vertreten und voranzutreiben. Durch Interviews mit verschiedenen Fachleuten und der Analyse ihrer Artikel zeigt Inforpress auf, inwieweit die lateinamerikanischen Rohstoffreserven wichtig sind für die USA und dementsprechend ihre Politik bestimmen.

Was wollte die US-Aussenministerin Hillary Clinton in Guatemala? Während fünf Tagen tourte sie Anfang März durch Lateinamerika – eine Besuchsreise, die mit der Gründung der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten zusammen fiel.

Laut ExpertInnen bedeutet der Staatsstreich in Honduras eine Risikosituation für Zentralamerika und erklärt ausserdem die Präsenz Clintons in der Region zu einem Zeitpunkt, in dem der kürzlich gewählte Präsident Porfirio Lobo Unterstützung braucht – eine Unterstützung, die nicht in der ganzen Region zu finden ist. Ein anderer wichtiger Aspekt der nordamerikanischen Interessen betrifft die Sicherung der Naturrohstoffvorkommen in Lateinamerika, die durch den Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus überdeckt wird.

Letztes Jahr veröffentlichte John Saxe-Fernandez, Forscher der Nationalen Autonomen Universität Mexikos UNAM, eine Rede über „Lateinamerika-USA: strategische Abhängigkeit und Krise“, in welcher folgende These präsentiert wird: Die geopolitischen Prinzipien der USA entsprechen den Bedürfnissen ihrer kapitalistischen Entwicklung. Daraus erfolgt die US-amerikanische Präsenz und Ausbreitung in Lateinamerika mit der Idee, dass es keine andere Macht oder Nation geben darf, die den wirtschaftlich-militärischen Kapazitäten der USA gleichkommt und deren Hegemonie gefährdet.

Laut einem Gespräch mit Iduvina Hernández, Direktorin der Organisation Sicherheit und Demokratie (SEDEM), „ist es offensichtlich, dass dies kein normaler Besuch war. Er fand im Rahmen der aussenpolitischen Agenda der USA statt. Diese Agenda bzw. die Politik der USA lehnt sich stark an die Krisenverwaltung an, sei es die der Unregierbarkeit oder die der Sicherheit.“

Mario Mérida, Sicherheitsexperte und Journalist von elPeriódico, setzt den Besuch mit der Weiterführung der Manifest Destiny-Doktrin („offensichtliche Bestimmung“: die der Expansion der USA) gleich und Thomas Jefferson zitierend fasst er das Ziel des nordamerikanischen Staates zusammen: „Unsere Kraft – die der USA – erlaubt es uns, das Gesetz in unserer Hemisphäre festzulegen.“

Die wichtigsten Themen der Agenda Clintons umfassen drei Punkte: Kampf gegen den Drogenhandel, Kampf gegen transnationale Banden und die Krise in Honduras. Während Clinton vorwiegend in Südamerika unterwegs war, gab es für Zentralamerika nur ein Treffen aller Präsidenten (Nicaragua erschien nicht). An diesem Treffen wurden Themen des „gemeinsamen Interesses“ besprochen.

Themen „des gemeinsamen Interesses“

„Von welcher Krise sprechen wir?“, fragt Iduvina Hernández in Bezug auf die „Krisenverwaltung“, welche die USA anbietet. „Politisch gesehen war es natürlich nicht möglich, direkt nach Honduras zu gehen, um den Präsidenten Porfirio Lobo zu unterstützen. Deshalb war der Besuch in Guatemala und das Treffen mit den Präsidenten der Region einfacher und von politischem Nutzen, da es dabei half, die regionale Unterstützung Lobos in Honduras zu verfestigen.“

Laut Mark Weisbrot, Co-Direktor des Zentrums der Wirtschafts- und Politikstudien in Washington, war der Besuch Clintons in Lateinamerika genauso erfolglos wie der von George W. Bush 2005. „Allerdings erschien sie diplomatisch gesehen ungeschickter als Bush, der wenigstens wusste, dass es einige Probleme gab und wann er

den Mund zu halten hatte. Clinton ihrerseits gab Sätze von sich wie: „Die honduranische Krise wurde zu einem erfolgreichen Abschluss geführt (...), welcher ohne Gewalt erlangt wurde.“ Damit hat sie nur Salz in offene Wunden gestreut, da manche Präsidenten die Absetzung von Mel Zelaya letzten Juni und die anschliessenden Anstrengungen der USA, die dort aufgezwungene Diktatur zu legitimieren, nicht nur als eine Katastrophe sehen, sondern auch als eine Bedrohung der Demokratie in der gesamten Region.

Gemäss Iduvina Hernández kann dies für die Länder der Region schlimme Folgen haben, da es Staatsstriche sozusagen legitimiert und für straffrei erklärt. Des weiteren seien die ultrarechten Oligarchien in Zentralamerika gestärkt worden, deren Verbrechen der Vergangenheit bis heute ungestraft blieben. Ausserdem seien die Aussagen Clintons beleidigend, da die Staatsstreichregierung Ermordungen, Schlägereien, Massenverhaftungen und Tortur einsetzte, um ihre Macht zu erhalten und pro-demokratische Bewegungen zu unterdrücken.

Migration, Drogenhandel, Terrorismus und andere Dämonen

Iduvina Hernández analysierte ebenso das Thema Sicherheit und seinen Platz in der US-Agenda und erkennt keine essentiellen Veränderungen. „Ihre Hauptbefürchtung betrifft die sogenannte illegale, aus Zentralamerika kommende Einwanderung. Damit wird vom eigentlichen Problem abgelenkt, das verfolgt werden müsste: Die Netzwerke, die den Menschenhandel kontrollieren. Stattdessen werden unsere Länder in die Einwanderungspolizei der USA konvertiert.“

Der Drogenhandel ist eine andere Sorge der USA. Obwohl Clinton öffentlich anerkannte, dass ein Teil des Problems die enorme Nachfrage nach Drogen von Seiten der nordamerikanischen Bevölkerung ist, wird weiterhin nur der Drogenhandel bekämpft. Somit wird der Wald vor lauter Bäumen nicht gesehen, das heisst, die kriminellen Strukturen, die mit Transport und Handel der Drogen Richtung USA im Zusammenhang stehen, werden nicht verfolgt. Auch wird geflissentlich übersehen, dass durch die Drogenaktivitäten Gelder legalisiert werden, die aus kriminellen Aktivitäten stammen. Es wird nur der Drogenhandel bekämpft, man zielt nicht auf das organisierte Verbrechen ab, welches institutionalisierte Strukturen besitzt, die offensichtlich ein Teil der mächtigen Wirtschaftsstrukturen der zentralamerikanischen Staaten sind, um nicht zu sagen der USA.

Auch der sogenannte „Kampf gegen den Terrorismus“ ist für Hernández eine von den USA aufgezwungene Agenda. Die Organisationen der Zivilgesellschaft, die diesen Kampf unterstützen, würden dadurch die Machenschaften der eigenen Regierungen aus dem Auge verlieren.

Kontinentale Strategie

Die USA waren schon immer eine Macht auf dem amerikanischen Kontinent und besaßen jahrelang die unumstrittene Hegemonie. Diese wird von einer Eindringungsstrategie begleitet, die sich z.B. in der Initiative Mérida materialisiert, wie Boris Rodríguez vom Zentrum der Amerikastudien (CEA) sagt. So wurde am 30. Juni 2008 ein Gesetz von George W. Bush erlassen, welches 162 Milliarden US-Dollar zusätzlich für Ausgaben für die Irak- und Afghanistankriege zur Verfügung stellt, davon 465 Millionen US-Dollar für den Plan Mérida für Mexiko und Zentralamerika, um mit finanzieller, technologischer und logistischer Hilfe den Drogenhandel zu stoppen. Von diesem Geld erreichten aber lediglich 65 Millionen US-Dollar Zentralamerika, die Dominikanische Republik und Haiti.

Saxe-Fernández erinnert daran, dass „die historische Verbindung zwischen den Militär- und Sicherheitsprogrammen und den Investitionen grosser US-amerikanischer Monopole in Lateinamerika sich verstärkt, wenn die nördliche Macht vor einer Krise steht, wie zum Beispiel jetzt mit dem drohenden Peak Oil. Um sich vor dieser US-amerikanischen Politik zu schützen, ist es unbedingt notwendig, die Souveränität über die nationalen Territorien zu behalten. Das bedeutet, dass die Rohstoffvorkommen in nationaler Hand und unter nationaler Gerichtsbarkeit bleiben müssen. Die Gier der Firmen und die wachsende Abhängigkeit vom Öl-, Gas- und Mineralienimport sind zwei Gründe für die USA, sich in Lateinamerika auszubreiten. Dies wird durch den Antidrogen- und Antiterrorkrieg ermöglicht.“

In den nächsten 20 Jahren wird die USA 31% mehr Öl und 62% mehr Erdgas benötigen, und Lateinamerika ist dabei, in Sachen Energie weltweit führend zu werden, da es grosse Reserven an Öl besitzt.

Guatemala in deutschen Medien: der Fall Rosenberg im ZEIT-Magazin

Guatemala/Hamburg 6. Mai 2010 Ein vergilbt wirkendes Foto eines Transparents „Rodrigo Rosenberg – Héroe de los buenos Guatemaltecos – no moriste en vano, Guatemala te rinde homenaje“ (Rodrigo Rosenberg – Held der guten Guatemalteken – dein Tod ist nicht umsonst, Guatemala schuldet Dir ein ehrenhaftes Andenken“) prangt auf dem Titelbild des ZEIT-Magazins Nr. 19 vom 6.5.2010. Darunter steht „Killer erschossen den Politiker Rodrigo Rosenberg. Er hatte sie selbst beauftragt.“ Auf dem zweiten Titelbild sieht man das unscharfe Bild einer dunkelblonden, attraktiven Frau mit der Unterschrift „Sein Freitod war ein Aufschrei: Klärt den Mord an der Liebe meines Lebens auf! Eine Geschichte aus Guatemala“.

Es folgt ein kitschiger Bericht über ein reiches Muttersöhnchen und Romantikers, der auch Anwalt und (erfolgloser) Politiker war. Zweimal heiratete er die optische Kopie seiner Mutter, die er „am liebsten geheiratet hätte“. Der Autor Erwin Koch zitiert zeilenweise Rosenbergs schwülstige und immer gleiche Liebesschwüre per

SMS an seine Geliebte, die Tochter des reichen Guatemalteken libanesischer Herkunft Khalil Musa. Daneben finden sich vergilbte Fotos eines Slums und einer paralysierten Tochter, die gerade von der Ermordung ihres Vaters erfahren hat, eine Grossaufnahme einer tiefen Blutlache, die mit einem Besen fortgewischt wird, ein verschwommenes Bild der nächtlichen Hauptstadt und eine tanzende Frau in einem Nachtclub – alle haben sie direkt nichts mit der Geschichte von Rosenberg zu tun. Was sagt uns diese „Geschichte aus Guatemala“ über Guatemala? Und was sagt sie uns über das ZEIT-Magazin bzw. die Wahl ihrer Themen?

In Guatemala ist Gewalt und Angst Alltag. Die Zahl der Toten ist höher als je während des Bürgerkrieges war. Kein Wort von Koch darüber, warum sie da ist und warum sie anders ist als zu Zeiten des Bürgerkriegs.

Hingegen erwähnt er die faktische Gesetzlosigkeit, über die auch im ¡Fijáte! schon häufig etwas zu lesen war: nur 2 % aller schweren Verbrechen werden aufgeklärt. „Vielleicht drei“, schreibt Koch.

Und in dieser Zeit lebt ein knapp fünfzigjähriger Anwalt, der ein dickes Auto von seiner Mutter geschenkt bekommen hat, der nach seiner erfolglosen Kandidatur für den Stadtrat von Guatemala Stadt von ihr mit einer Karibik-Kreuzfahrt 'getröstet' wird. Ein hoffnungsloser Romantiker, „zu gut für diese Welt“. Ist das Realsatire oder das Portrait der von den Realitäten völlig abgekapselten Welt der Reichen in Guatemala? Oder beides?

Es ist das Portrait einer behüteten Welt, in welcher die Gewalt wie ein Naturereignis hineinschlägt und die Geliebte unseres Helden vernichtet – und damit auch den Helden selbst. Der schlägt um sich, macht den Präsidenten und seine Entourage für die Morde (seinen eigenen, den seiner Geliebten und den an ihrem Vater) verantwortlich, sorgt für Unruhen, die fast an einen Staatsstreich gegen den Präsidenten denken lassen (der wiederum seine armen und indigenen „FreundInnen“ zur Gegendemonstration auf die Strasse bringt) und initiiert schliesslich seinen Selbstmord als seine eigene Ermordung. (Warum erinnert mich das an den Fallschirmabsturz des Selbstdarstellers Jürgen Möllemann?)

Rosenberg initiiert es als ein Fanal gegen Korruption und Straflosigkeit. Aber ist er deswegen ein glaubwürdiger Mann? Darüber schweigt Koch sich aus. Hintergründe über den Mord an Khalil Musa und seiner Tochter finden die LeserInnen nicht. In einem Nebensatz wird der Präsident in Schutz genommen. Dass die ausführenden Mörder verhaftet sind, wird auch erwähnt (übrigens ein Erfolg von CICIG).

Kein Licht wirft er auf die Frage: was macht Rosenberg eigentlich zu einem Politiker, als der er in der Überschrift titulierte wird? Im Text ist er nur ein erfolgloser Kandidat für den Stadtrat, Kandidat einer Partei, die nicht gerade als Hort der Bekämpfung der Korruption und Straflosigkeit bekannt ist (Movimiento Renovador, Teil von GANA).

Seine Mörder besorgte er sich über die Cousins seiner ersten Frau, den „Eigentümern mehrerer pharmazeutischen Unternehmen“. So ein Nebensatz sagt viel über den Aspekt „Sicherheit der Reichen“ und damit über Guatemala aus (siehe auch das Interview über private Sicherheit im letzten ¡Fijáte!).

Und was ist mit den Zeugen, die Koch interviewt? – Einer davon, Rosenbergs Freund Luís Mendizábal, Besitzer einer noblen Herrenboutique, war auch „Sicherheitsberater mehrerer Regierungen“. Was heisst das denn? ¡Fijáte!-LeserInnen wissen es: Er war Leiter der sog. „oficinita“, einer parallelstaatlichen Geheimdienst-Gruppe und Mitgründer der rechtsgerichteten, vor einem Jahr an der Regierung von El Salvador abgelösten Partei ARENA.

So gesehen, bleibt von dem Artikel tatsächlich nur ein realsatirischer Blick auf das Innenleben abgehobener Reicher. Aber erklären über die guatemalteckische Realität tut er nichts.

Befangenheitsantrag abgelehnt: Prozess gegen Ex-Präsident Portillo kann beginnen

Guatemala, 24. April. Die dritte Kammer des Berufungsgerichtgerichts in Guatemala lehnte einen Befangenheitsantrag ab, den der Anwalt des Ex-Präsidenten Alfonso Portillo gegen den Richter des fünften Strafgerichts, Jorge Cano, eingebracht hatte. Damit ist der Weg frei für die Eröffnungssitzung des Prozesses gegen den ehemaligen Präsidenten (2000 – 2004). Bei dem Befangenheitsantrag ging es darum, dass der Anwalt Portillos von einem Treffen mit ausländischen Anwälten ausgeschlossen worden sei. Ebenso wurde Richter Cano beschuldigt, in dem Prozess eigene Interessen zu vertreten und damit seine Neutralität aufs Spiel zu setzen. Die dritte Kammer des Berufungsgerichts lehnte nicht nur den Befangenheitsantrag ab, sondern entschied einstimmig, dass ein von Cano im vergangenen Februar gefällttes Urteil rechtmässig sei. Cano hatte damals entschieden, dass der Ex-Präsident nicht gegen die Zahlung einer Kaution von 1 Million Quetzales und die Auflage, regelmässig persönlich vorstellig zu werden, von der Untersuchungshaft verschont bleiben könne. Damit hatte Cano einen früheren Richterspruch aufgehoben. Nach der einstimmigen Entscheidung des Richterremiums muss der Ex-Präsident, der wegen Unterschlagung angeklagt ist, nun im Gefängnis verbleiben. Ex-Präsident Alfonso Portillo wird von der guatemalteckischen Justiz angeklagt, während seiner Amtszeit als Präsident im Verteidigungsministerium 120 Millionen Quetzales (ca. 15 Mio. US-\$) unterschlagen zu haben. Portillo ist der erste Ex-Präsident Guatemalas, der im Gefängnis einsitzt. Seit Januar 2010 verlangt auch die US-amerikanische Justiz seine Auslieferung. In den USA ist er laut Zeitungsberichten wegen Geldwäsche von 70 Millionen US-\$ angeklagt, die der guatemalteckischen Staatskasse und taiwanischen Spenden entstammen sollen und deren Transaktionen in den Vereinigten Staaten realisiert worden sein sollen.

Verteidigungsministerium verschob 15.5 Mio. US-\$ ins Erziehungsministerium

Guatemala, 5. Mai. Was auf den ersten Blick als eine vernünftige Massnahme erscheint, entpuppt sich beim zweiten als eine vorgezogene Wahlkampagne. Denn die im Oktober 2009 abgezogenen 15.5 Mio US-\$ wurden nicht für den Bau von Schulhäusern oder die Bezahlung von LehrerInnen eingesetzt, sondern innerhalb des Erziehungsministeriums direkt in das von der Präsidentengattin und Präsidentschaftskandidatin in spe Sandra Torres geleitete Programm „Mi Familia Progresá“ (MIFAPRO). Offenbar sind auch von anderen Ministerien Gelder ins MIFAPRO geflossen, womit in erster Linie Aufgaben der öffentlichen Sicherheit und des Gesundheitswesens beeinträchtigt wurden.

Die Kongressabgeordnete und Präsidentin der Kommission für Transparenz Rosa María de Frade findet es unglaublich, dass der Armee Gelder abgezogen werden, während diese nicht in der Lage ist, der Bevölkerung Sicherheit zu garantieren und den Drogenhandel und Schmuggel zu bekämpfen. Die Abgeordnete Nineth Montenegro schliesst sich dem an und bestätigt, dass das Verteidigungsministerium schon immer dazu benutzt worden sei, Gelder umzulagern, die am Schluss veruntreut worden seien. Montenegro kämpft, seit es ihn gibt, dafür, dass der Kohäsionsfonds, dem alle Sozialprogramme von Sandra Torres zugeordnet sind, transparent über die Verwendung der Gelder Auskunft gibt.

Multinationale Unternehmen auf der symbolischen Anklagebank

Madrid, 18. Mai. Das Permanente Völkertribunal (TPP), das dieses Jahr am 14. und 15. Mai im Rahmen des 4. Alternativen Gipfels „Enlazando Alternativas“ in Madrid tagte, fällte ein moralisches Urteil unter anderem gegen drei transnationale Unternehmen, die im Ressourcenabbau in Guatemala mitmischen: Die kanadische Goldcorp (Betreiberin der Goldmine Marlin in San Marcos), das spanische Elektrizitätsunternehmen Unión Fenosa und die Schweizer Holcim, die das Zementwerk in San Juan Sacatepéquez betreibt. Angeklagt wurden alle drei der Verletzung der Rechte der indigenen Gemeinden und wegen negativen Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Umwelt.

Einige weitere Unternehmen, die für ihre menschenverachtende Tätigkeiten in Ländern des Südens verurteilt wurden:

- Die Schweizer Syngenta, weil sie Söldner kontraktiert, den Boden mit Düngemittel vergiften, die sozialen Proteste kriminalisiert und die Biodiversität mit transgenem Saatgut zerstört.
- Die deutsche Continental AG für die Verletzung der Arbeitsrechte der Angestellten der mexikanischen Filiale der Firma Hulera Euzkadi.
- Die deutsche Bayer für die Vergiftung von 44 Kindern (23 davon tödlich) in Taucamarca, Peru.
- Die britisch-schweizerische Carbones de Cerrejón Ltd., Kolumbien, für ihr gewaltsames Eindringen in Gebiete, die von indigenen und afrostämmigen Leuten bewohnt sind.
- Die Schweizer Nestlé, weil sie im Vorfeld des G8-Gipfels in Evian die Spitzelin eines privaten Sicherheitsunternehmens in die Attac-Gruppe Waadtland eingeschleust hat.
- Die brasilianische Filiale der deutschen Thyssen-Krupp, weil sie Cadmium, Arsen und Blei ohne die notwendigen Schutzmassnahmen gelagert und so die öffentliche Gesundheit gefährdet hat.

Hijóle, die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

„Haare ins Meer“ und anderen Ironien

Es erschien mir so eigenartig, dass ich es gleich nochmals lesen musste: Menschen aus der ganzen Welt spenden ihr eigenes Haar und jenes ihrer Haustiere, um schwimmende Barrieren zu bauen, die das Öl binden sollen, das aus der versunkenen Plattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko entweicht (AFP/EFE, in Prensa Libre, 14/05/10). Ich musste sofort an den Ausdruck „Haare ins Meer“ denken, den die Kinder in gewissen Regionen Spaniens noch heute gebrauchen, wenn sie ihre Streitigkeiten beenden wollen. Doch die Nachricht bezog sich auf unschuldiges Haar, das hilfsbereite Menschen anbieten, um dem Desaster etwas entgegenzusetzen. Derweilen versteckt der Ölgigant BP (der im letzten Quartal 6 Milliarden US-\$ Gewinn gemacht hat, jener mit dem unschuldigen Logo der gelben und grünen Blümchen) Fotos und Informationen darüber, was wirklich vor sich geht, und verhehlt seine langen Katastrophen-Geschichten in Sachen Politik und Umweltzerstörung.

(Manchmal überkommen einen perverse Gefühle: Schade, dass Arizona, der Staat der rassistischen Migrationsgesetze, nicht am Golf von Mexiko liegt, damit, wenn sie uns Latinos schon nicht wollen, sie wenigstens an ihrem Öl ersticken.)

Dieses Bild der Haare erinnerte mich an ein anderes aus dem letzten Jahr, als die Weltgesundheitsorganisation WHO, beraten von Albert Osterhaus, der wiederum von Roche bezahlt wurde, die Schweinegrippe, Entschuldigung die A/H1N1, ausrief und entschied, die ganze Welt müsse Masken anziehen und sich mit diesem verdächtigen Tamiflu impfen lassen, das zufälligerweise in den Laboren der Roche Holding AG entwickelt wurde. Kein Wort seitens der WHO über die Ursachen dieser Grippe (die immensen Schweinezuchten einer US-amerikanischen Firma im Staat Veracruz, Mexiko) und keine genauen Daten über ihre tödliche Kapazität, die in Wahrheit insignifikant war, verglichen mit den Toten, welche *unsichtbare* Epidemien unter den Bevölkerungen des Südens fordern.

Aber es gibt immer Leute, die ihrem Farbfernseher gehorchen und die fügsam bereit sind, zu helfen. Genauso wie sie letztes Jahr diese nervigen Masken trugen, rasieren sie sich heute die Köpfe und schneiden sich die Zöpfe ab ... Die Anregungen des grossen neoliberalen Bruders werden zu Geboten, ausgesprochen von den Manipulationsmedien – gefragt wird gefälligst nicht.

Da scheinen mir die Damen und Herren des jüngst in Cochabamba abgehaltenen Gipfels über Klimaveränderung intelligenter, wenn sie unter all den Perversionen der globalisierten kapitalistischen Diktatur am schärfsten die „landwirtschaftliche Industrie, den Bergbau, die Gewinnung von Kohlewasserstoff und andere grosse Industrien“ verurteilen, weil sie „das fundamentale Menschenrecht auf Wasser für den täglichen Gebrauch der Menschen und zur Herstellung von Lebensmitteln“ einschränken. Ebenso kritisieren sie „die industrielle Herstellung von Lebensmitteln, die Riesendeponien für Müll und Mist sowie die intensive industrielle Viehzucht“. Oder „die Technologien, die den Interessen des Kaptials dienen und sich als Lösungen für die verschiedenen Krisen anbieten, denen wir ausgesetzt sind. Sie alle sind falsche Lösungen, Werkzeuge der Akkumulation und ein Riesengeschäft für die transnationalen Unternehmen ...“.

Alle würden behaupten, dass wir in Guatemala in Sachen Schutz der Mutter Erde Fortschritt machen. Schliesslich behauptet unser Präsident von sich, ein Maya-Priester zu sein. Die Mutter Erde, genauso wie die Mayas, sind gut für die Touristenfotos, alles andere ist für die Transnationalen wie dieses andere Ölunternehmen, PERENCO, das im nächsten August seine Exploitationslizenz in der Maya-Biosphäre „Laguna del Tigre“ erneuern will. Die Abgeordneten im Kongress haben bereits grünes Licht gegeben (was haben sie wohl dafür kassiert?) und ein entsprechendes Gesetz bewilligt. Nun liegt die Entscheidung beim Präsidenten-Maya-Priester. Dieser sagt, dass er Väterchen Gott darum bitte, ihm die Inspiration im Schlaf einzugeben. Aber – und ich hoffe, ich irre mich – alles deutet darauf hin, dass von oben Zeichen kommen, er solle dem Ölunternehmen und ihren guatemaltekischen Handlangern einen Gefallen erweisen. Habt ihr das Augenzwinkern nicht gesehen, mit dem Colom zu seinem Energieminister Carlos Meany (der eher wie ein Agent des Ölmultis aussieht) sagte: „Carlos, da haben wir immer noch eine kleine Schlacht zu gewinnen“ (Prensa Libre, 8/05/10).

Unser Präsident ist wie ein Zauberer in der Cocktailbar: So, wie er den Maya-Priester mit der Zerstörung der Biosphäre kombiniert, sowenig stört es ihn, seine sogenannte Sozialdemokratie mit der blutrünstigen Partei des FRG zu mischen. Und so erscheinen sie dann zusammen auf dem Foto: der Mehrfachvölkermörder Ríos Montt mit der Ehefrau des Präsidenten, der *linken* Sandra Torres, deren Vorwahl-Allianz bereits gefressen zu sein scheint.

Derweil geht es den Leuten in Guatemala beschissen. Gemäss jüngsten Daten der UNDP (2008) gehört ungefähr 80% des kultivierbaren Bodens 2% der Bevölkerung dieses wohlberemt bäuerlichen Landes. Der Gini-Koeffizient, der die wirtschaftliche Ungleichverteilung misst, ist mit 53.7 einer der höchsten des Kontinents. 50.9% der Bevölkerung lebt in Armut, 15.2% in extremer Armut. 70% arbeitet in der informellen Ökonomie. Mehr als 3 Mio. von 12 Mio. GuatemaltekinInnen leiden Hunger.

Aber glauben Sie nicht, dies würde die Kongressabgeordneten dazu bewegen, ein Gesetz über ländliche Entwicklung voranzutreiben, das seit acht Jahren in ihren Schubladen liegt. Die Väter der Nation sind vielmehr daran interessiert, ein Gesetz über privat-öffentliche Partnerschaften durchzubringen, das die transnationalen Unternehmen und ihre guatemaltekischen „Konkubinen“ der nationalen Oligarchie privilegiert, auf Kosten der Rechte der Bevölkerung, ohne Berücksichtigung von Volksbefragungen, die in Guatemala per internationalem Recht verbrieft sind.

Und zu guter Letzt: Ein Jahr nach dem medial aufgebauchten Mord (oder Selbstmord) an Rodrigo Rosenberg, präsentiert sich das Präsidentenpaar in Kommunionkleidern in der Kathedrale. Sie danken Gott, denn schlussendlich ist nichts passiert. Noch immer warten wir darauf, dass uns die CICIG sagt, wer die kollektiven Gefühle gegen die Regierung manipulierte, und dafür die plötzlich gewachsene Autorität des Opfers Rosenberg

zu nutzen wusste. Wir warten darauf zu erfahren, welche grossen Fische den Kaffeeunternehmer Khalil Musa und seine Tochter umbrachten, und was sie damit vertuschen wollten. Und wir warten darauf, dass jemand über die Verzweiflung Rosenbergs nachdenkt, ausgelöst durch die unausstehliche Straflosigkeit, die in Guatemala herrscht. Dieselbe Verzweiflung, die auch andere Selbstmorde und Gewalttaten provoziert. Dieselbe Gewalt, die uns in einem Zustand des „Rette-sich-wer-kann“ hält, die Öl ins Feuer der Lynchmorde giesst ... Um etwas mehr von dem sozialen Chaos namens Guatemala zu verstehen, müssen wir das Rosenberg-Syndrom analysieren: Die selbstmörderische Verzweiflung ob so viel Straflosigkeit.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch
Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!
Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
barbara-m@bluewin.ch
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!
Christian Hagmann
Am Bahnhof 6
78315 Radolfzell
fijate@web.de
E-Mail-Abo: Euro 50.-